



SPD – in die neue Zeit

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,**

Vielen Dank an die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Verwaltung für das umfangreiche erarbeitete Zahlenwerk. Die SPD-Fraktion hat sich intensiv damit befasst und ausführlichen Diskussionen geführt.

Ein kleiner Rückblick folgt:

Das Jahr 2019 war ein ereignisreiches.

Punkt 1:

Für die anerkannten Flüchtlinge, die der Stadt zugewiesen werden, benötigen wir eine Unterkunft. Es stellte sich die Frage nach dem Standort?

2016 gab es einen Ratsbeschluss nach dem damaligen Kenntnisstand, wo diese errichtet werden sollte.

Im März in der Sitzung gab es eine ausführliche, weitgreifende und sehr menschenfreundliche Diskussion. Wir wollten, dass die Neubürger, die in unsere Stadt kommen, ein Zuhause finden. Dies sollten alle Möglichkeiten vorweisen: die Nähe zu den Ärzten, Kitas, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Rathaus, Sprachkurse und die gute und schnelle Nutzung des ÖPNV.

Das Resultat ergab den Beschluss durch die Mehrheitsfraktion, dass die Unterkunft für Flüchtlinge im Ortsteil Liemke gebaut wird. Also der Beschluss von 2016 hatte Bestand.

Die Flüchtlingshilfe startete das Bürgerbegehren gegen den abgelegenen Standort in Liemke. Dies haben wir in vollem Umfang unterstützt, Flüchtlingshilfe und Oppositionsparteien teilten unsere Argumentation. Wir sammelten Unterschriften und sprachen mit den Bürgern der Stadt.

Mit dem Beschluss auf Durchführung eines Ratsbürgerentscheids ging man neue Wege. Die Bürger unserer Stadt konnten ihre Wahl treffen.

Die Wahl wurde dann mit 56,85 % ja für Liemke getroffen. Für den Campingplatz stimmten 43,15% der teilnehmenden Bürger.

Vielen Dank an die Bürger, welche die Wahl erstgenommen haben.

Also ist jetzt der Standort für die Flüchtlingsunterkunft Liemke.

Punkt 2:

Bürgertreff - Ein Treffpunkt für alle Bürger

Den Bürgern in Schloß Holte-Stukenbrock fehlt ein Ort für gemeinsame Begegnungen. Die SPD setzt sich bereits seit Jahren dafür ein, einen Bürgertreff zur aktiven Gestaltung des Lebens in der Stadt zu etablieren. Die Planung sieht vor, den Versammlungsort im Buschkrug an der Kaunitzer Straße zu errichten. Im Familie-, Demografie- und

Integrationsausschuss wurde das Vorhaben lebhaft diskutiert.

Die SPD-Politiker waren verärgert über die ablehnende Haltung der CDU. Die blockierte einen offiziellen Bürgertreff schon seit

langem und war nicht bereit sich langfristig auf eine Nutzung festlegen. Schon gar nicht war man willens in Um-Baumaßnahmen zu investieren. Es ist uns wichtig, eine Anlaufstelle für alle Bürger der Stadt zu schaffen. Ziel ist es, das Miteinander der Menschen aus den verschiedenen Ortsteilen der Stadt zu stärken. Außerdem soll der Austausch untereinander sowie ein aktives und friedliches Zusammenleben gefördert werden. Zudem ist es wichtig, dass Flüchtlinge und Einheimische dort miteinander in Kontakt treten können. Nur so kann Integration gelingen. Neben Angeboten für Geflüchtete soll die Immobilie als Treffpunkt für Gruppen, Chöre oder vereinsunabhängige Angebote offenstehen. Für ein Konzept gibt es Fördermöglichkeiten. Die ehemalige Gaststätte wurde von der Stadt aufgekauft, um Reserven für die Unterbringung von Flüchtlingen zu schaffen. Im Obergeschoss sind mittlerweile sechs Wohnungen an Geflüchtete vermietet worden. Leer stehen im Erdgeschoss ein Thekenraum, Küche, ein Saal, der Restaurantbereich und Büro

Dies sind unsere Gedanken für den Bürgertreff. Die Diskussion war menschenunwürdig. Jetzt – endlich - gibt es den Bürgertreff- die Flüchtlingshilfe bekommt ihre Räumlichkeiten, zudem haben Vereine und andere Gruppen die Möglichkeit diese zu nutzen.

Punkt 3:

Die Folgen des Klimawandels sind mittlerweile für jeden spürbar. Kinder sollte man nicht mit Zukunftsängsten verunsichern, sondern sie aktiv in den Klimaschutz mit

einbeziehen. Sie sollen lernen, dass jeder Einzelne etwas dafür tun kann, die Umwelt auch in Zukunft lebenswert zu halten. Wir werden uns dieser Problematik stellen, engagiert an unseren Zielen arbeiten und das Thema in der Öffentlichkeit präsent halten. Klima- und Umweltpolitik ist für unsere Stadt ein großes Aufgabengebiet, das eine hohe Sensibilität erfordert. Natürlich wurde bereits einiges von der Verwaltung in die Wege geleitet. Könnte man alles nochmals aufzählen. Aber wir wollen, dass diese Maßnahmen und Pläne für unsere Menschen und die Zukunft unserer Umwelt sehr klar angenommen und durchgeführt werden. Deshalb stehen wir hinter dem Antrag des Jugendparlamentes. Die Diskussion Klimaschutz – Klimanotstand ist weitgreifend. Und es ist keine Symbolpolitik. Diese Wortklaubereien - nochmal das Wort – sind Kindergarten. Es wurde ein Kompromiss erarbeitet. Wir werden und müssen unsere Anträge darauf aufbauen.

Punkt 4:

Sozialer Wohnungsbau.

Wir wollen und benötigen sozialen Wohnungsbau. Es fehlen in unserer Stadt für die Bürger einiges an diesem.

Schöne Eigentumswohnungen für solvente Menschen, netter Gedanke. Aber wir haben genug Mitmenschen, dies sich nicht leisten können. Also muss das auf den städtischen Grundstücken sehr berücksichtigt werden. Für ein Wohnbaugebietkonzept/Förderungsmaßnahmen für den

sozialen Wohnungsbau wollten wir eine Bereitstellung von 500 TD in den Haushalt.

Neue Wege gehen und Geld bereitstellen:

„Nein“, hieß es dazu von der Mehrheitsfraktion

Punkt 5:

Wir benötigen einen weiteren Kindergarten. Der Bedarf ist vorhanden. Das Kreisjugendamt bestätigte dies klar auf Nachfrage.

Bereitstellen von 500 TD für die Planung und Bau eines städtischen Kindergartens – Trägerschaft auch –

Nein – von der Mehrheitsfraktion

Punkt 6:

ÖPNV – Ein großes Feld mit vielen Möglichkeiten. Wir brauchen auch in Richtung Nachhaltigkeit einen gut strukturierten ÖPNV.

Dafür wollten wir zur Planung eine Summe von 50 TD bereitstellen.

- NEIN – wurde auch hier gesagt.

Punkt 7:

Steuern sind keine schöne Sache, aber wenn man öffentliche Leistungen will, so muss irgendjemand für sie bezahlen; d.h. sie sind ein notwendiges Übel.

Das sagt alles aus. Unser Antrag für die Erhöhung der Gewerbesteuer diesmal auf den fiktiven Hebesatz ist vorausschauend zu betrachten. Die Gewerbesteuerereinnahme fördert die finanziellen Möglichkeiten unserer Stadt.

Natürlich wurde der Antrag wie immer abgelehnt.

Ach ja, die Tanzsteuer wurde gestrichen, wäre ja ein Relikt aus der Vergangenheit. 10000 € verschwinden aus dem Haushalt.

Also keine Steuereinnahmen, Entlastung für die Verwaltung, Gastronomie freut sich.

Wir wollen hoffen, dass sich die Streichung der Tanzsteuer in den Eintrittspreisen der Weiberfastnacht widerspiegelt.

Setzen wir doch, nebenbei bemerkt die Vergnügungssteuer auch ab. Denn auch hier sind die Vergnügungen in der Gastronomie eine Grundlage.

Natürlich haben wir dem Haushalt in einigen Punkten in den verschiedenen Ausschüssen zugestimmt.

Aber nach unseren Vorstellungen können wir dem gesamten Haushalt nicht zustimmen.

Unsere Einstellung der Zukunft gegenüber lautet: Wir sind jetzt verantwortlich für das was in Zukunft geschieht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Marion Herzog

